



Bad Schwalbach, den 02.02.2018

Niederschrift

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	12/X. Wahlperiode
Datum	Freitag, 2. Februar 2018
Sitzungsbeginn	08:00 Uhr
Sitzungsende	11:26 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzende

Frau Ingrid Reichbauer	
------------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Michael Barth	
Herr Maximilian Faust	bis 10.00 Uhr
Herr Klaus Gagel	
Herr Matthias Hannes	
Herr Jan Kraus	
Herr Walter Lieber	
Herr Georg A. Mahr	
Herr Karl Mayer	
Herr Stefan Müller	
Herr Roland Piper	
Herr Thomas Zarda	

Dezernentin

Frau Monika Merkert	
---------------------	--

Stellv. Mitglied

Herr Volker Mosler	
Herr Harald Schmelzeisen	

entschuldigt

Herr Sebastian Busch	
Herr Joachim Reimann	
Herr Sandro Zehner	

Verwaltung

Herr Ralf Bachmann	
Herr Horst-Dieter Kuhn	
Herr Franco Matera	
Herr Jürgen Schwalbach	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Fraktionsvorsitzender

Herr Benno Pörtner	
--------------------	--

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Reichbauer eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder und die Kreisbeigeordnete Merkert und Landrat Kilian. Sie dankt dem HFA für die Bereitschaft, die Sitzung um eine Stunde vorzulegen. Stellvertretende Ausschussvorsitzende Reichbauer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Wünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift des Haupt- und Finanzausschusses vom 01.12.2017

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

Folgende Unterlagen werden zu Beginn der Sitzung oder im weiteren Verlauf der Sitzung verteilt:

- | | | |
|-----|---|------------------|
| 1. | Änderungsliste der Verwaltung, Stand: 01.02.2018 | Anlage 1 |
| 2. | Beantwortung des Fragenkataloges der CDU-Fraktion | Anlage 2 |
| 3. | Beantwortung des Fragenkataloges der FDP-Fraktion | Anlage 3 |
| 4. | Beantwortung des Fragenkataloges der GRÜNEN-Fraktion | Anlage 4 |
| 5. | Anträge der SPD-Fraktion (1 – 4) | Anlage 5 |
| 6. | Anträge der LINKEN-Fraktion | Anlage 6 |
| 7. | Anträge der GRÜNEN-Fraktion (1 – 10) | Anlage 7 |
| 8. | Anträge der AFD-Fraktion | Anlage 8 |
| 9. | Anträge der CDU-Fraktion (1 – 3) | Anlage 9 |
| 10. | Anträge der FDP-Fraktion (1 – 5) | Anlage 10 |

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Reichbauer erläutert zunächst das weitere Vorgehen. Die Beantwortungen der Fragenkataloge der Fraktionen von CDU, FDP und GRÜNEN liegen vor (Anlagen 2,3 und 4).

Nach einer kurzen Lesepause wird die Beratung mit der Änderungsliste (Anlage 1) begonnen, zu der Landrat Kilian einige Erläuterungen gibt. Fragen der Abg. Müller und Gagel werden durch Landrat Kilian beantwortet.

Die Änderungsliste wird sodann

einstimmig

beschlossen.

Die Beratungen werden fortgesetzt mit den Anträgen der SPD-Fraktion (Anlage 5). Antrag Nr. 1 (Rheinfähre) wird bei

4 JA-Stimmen
7 NEIN-Stimmen und
2 Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag Nr. 2 (Zulassungsstellen) wird bei

2 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Antrag Nr. 3 (Vollzeitstelle Sozialplanung), hierzu ebenfalls Antrag Nr. 3 der LINKEN-Fraktion, wird bei

6 JA-Stimmen und
8 NEIN-Stimmen

abgelehnt.

Zum Antrag Nr. 4 (touristische Vermarktung) beteiligen sich an der Aussprache die Abg. Mahr, Müller und Schmelzeisen. Abg. Mahr modifiziert den Antrag, dass 43.000.- € mit Sperrvermerk (Freigabe EUKA) eingestellt werden sollen. Der Antrag wird bei

9 JA-Stimmen
1 NEIN-Stimme und
4 Enthaltungen

beschlossen.

Die Beratungen werden mit den LINKEN-Anträgen (Anlage 6) fortgesetzt. Zum Antrag Nr. 1 (Geburtshaus Idstein) beteiligen sich an der Aussprache die Abg. Pörtner, Zarda, KB Merkert, Müller, Mayer und Gagel. Der Antrag wird bei

12 JA-Stimmen
1 NEIN-Stimme und
1 Enthaltung

beschlossen.

Zu Antrag Nr. 2 (Tafeln) beteiligen sich die Abg. Pörtner, Mahr, KB Merkert, Zarda, Barth und Mayer. Der Antrag wird bei

2 JA-Stimmen
5 NEIN-Stimmen und
7 Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag Nr. 3 ist erledigt. Antrag Nr. 4 (Schulsozialarbeit) wird bei

7 NEIN-Stimmen und
7 Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag Nr. 5 (Sozialwohnungen) wird bei

10 NEIN-Stimmen und
4 Enthaltungen

abgelehnt.

Die Beratungen werden mit den Anträgen der GRÜNEN-Fraktion (Anlage 7) fortgeführt. Zu Antrag Nr. 1 (Masterplan Energie) beteiligen sich die Abg. Müller, Barth, Reichbauer und Lieber. Der Antrag wird bei

6 JA-Stimmen und
8 NEIN-Stimmen

abgelehnt.

Abg. Müller beantragt sodann die Streichung des Ansatzes von 25.000.- €. Der Antrag wird bei

7 JA-Stimmen
6 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung

beschlossen.

Antrag Nr. 2 (Photovoltaik) wird bei

2 JA-Stimmen
8 NEIN-Stimmen und
4 Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag Nr. 3 (Bündnis für Familien) wird bei

2 JA-Stimmen
8 NEIN-Stimmen und
4 Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag Nr. 4 (Rheinbrücke) wird bei

3 JA-Stimmen
8 NEIN-Stimmen und
3 Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag Nr. 5 (Energiesparmodelle) wird bei

10 JA-Stimmen
3 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung

beschlossen.

Antrag Nr. 6 (Bündnis für den Mittelstand) wird bei

6 JA-Stimmen und
8 NEIN-Stimmen

abgelehnt.

Der entsprechende Antrag der CDU, hier auf den ursprünglichen Ansatz von 10.000.- € einen Sperrvermerk anzubringen (Freigabe HFA) wird bei

8 JA-Stimmen und
6 NEIN-Stimmen

beschlossen.

An der Aussprache zu Antrag Nr. 7 (Fairtrade) beteiligen sich KB Merkert und die Abg. Lieber, Hannes, Zarda und Gagel. Abg. Lieber ändert den Antrag insofern, dass insgesamt 15.000.- € für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen sollen. Der Antrag wird bei

2 JA-Stimmen
8 NEIN-Stimmen und
4 Enthaltungen

abgelehnt.

Abg. Hannes beantragt, dass für die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt 10.000.- € zur Verfügung gestellt werden sollten. Der Antrag wird bei

6 JA-Stimmen
7 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung

abgelehnt.

Antrag Nr. 8 (Interkommunale Zusammenarbeit) wird bei

2 JA-Stimmen und
10 NEIN-Stimmen

abgelehnt.

Antrag Nr. 9 (Breitbandversorgung) wird nach Aussprache, an der sich die Abg. Müller, Mahr, Lieber und Kraus beteiligen, durch die antragstellende Fraktion bis zum Kreistag zurückgestellt.

Antrag Nr. 10 (Barrierefreiheit) wird nach kurzer Aussprache, an der sich die Abg. Müller, Hannes und KB Merkert beteiligen bei

2 JA-Stimmen und
12 NEIN-Stimmen

abgelehnt.

Die Beratungen werden mit den Anträgen der AFD-Fraktion (Anlage 8) fortgesetzt. Zum Antrag Nr. 1 erklärt der Abg. Mayer, dass die Formulierung der entsprechenden CDU-Anträge, Anbringung von Sperrvermerken, übernommen wird.

Antrag Nr. 2 (Migration) wird bei

2 JA-Stimmen und
12 NEIN-Stimmen

abgelehnt.

Zu Antrag Nr. 3 (Stellenplan) beteiligen sich an der Aussprache Landrat Kilian und die Abg. Mayer, Gagel, Lieber, Müller und Zarda. Der Antrag wird bei

2 JA-Stimmen und
12 NEIN-Stimmen

abgelehnt.

Antrag Nr. 4 (Ökologische Projekte) wird bei

4 JA-Stimmen
8 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung

abgelehnt.

Abg. Mayer bittet um Prüfung, ob bereits die Entwürfe der Haushaltssatzung auf der Homepage eingestellt werden können. Landrat Kilian sichert eine Prüfung zu, die den Aufwand berücksichtigt.

Die Beratungen werden mit den Anträgen der CDU (Anlage 9) fortgesetzt.

Antrag Nr. 1 (1. Kreisbeigeordneter) wird nach dem Hinweis des Abg. Hannes, dass zunächst die Hauptsatzung des RTK zu ändern sei, durch den Abg. Zarda zurückgezogen.

Zum Antrag Nr. 2 (Partnerschaften) beteiligen sich an der Aussprache die Abg. Hannes, Zarda, Müller, Lieber, Mahr, KB Merkert und Landrat Kilian, der darauf hinweist, dass sich der Ältestenrat in seiner März Sitzung mit dem Thema Partnerschaften befassen will. Abg. Zarda stellt deshalb den Antrag zurück. Es erfolgt keine Abstimmung.

Zum Antrag Nr. 3 (Sperrvermerke) werden die Sperrvermerke in Einzelabstimmung jeweils mit

8 JA-Stimmen und
6 NEIN-Stimmen

beschlossen.

Schließlich werden die Anträge der FDP-Fraktion (Anlage 10) aufgerufen. Antrag Nr. 1 (Mietkosten) wird nach Aussprache, an der sich Landrat Kilian mit einem Bericht und die Abg. Piper und Müller beteiligen, durch den Abg. Müller zurückgestellt. Es erfolgt keine Abstimmung.

Zu Antrag Nr. 2 (WLAN) beteiligen sich die Abg. Mahr, Müller, Lieber und Landrat Kilian an der Aussprache. Der Antrag wird sodann bei

1 JA-Stimme und
11 NEIN-Stimmen

abgelehnt.

Antrag Nr. 3 (Aartalstrecke) wird nach Aussprache, an der sich die Abg. Mahr, Lieber, Müller und Landrat Kilian beteiligen, durch den Abg. Müller zurückgezogen.

Zum Antrag Nr. 4 (Stellenplan) wird Punkt 1 nach Aussprache durch den Antragsteller für erledigt erklärt. Punkt 2 des Antrages wird nach Aussprache, an der sich die Abg. Mahr, Müller, Gagel, Lieber, Zarda und Landrat Kilian beteiligen, durch den Antragsteller zurückgestellt.

Zum Antrag Nr. 5 (Citybahn) beteiligen sich die Abg. Müller, Mahr, Mosler, Gagel, Lieber und Landrat Kilian an der Aussprache. Der Antrag wird bei

6 JA-Stimmen und
7 NEIN-Stimmen

abgelehnt.

Weitere Anträge werden nicht gestellt. Fragen der Abg. Müller und Gagel werden durch Landrat Kilian beantwortet.

Abg. Barth fragt an, ob die Personenfähre Rüdesheim – Bingen Teil des ÖPNV sei. Landrat Kilian sichert eine Prüfung zu.

Die durch den HFA beschlossenen Änderungen zum Haushaltsentwurf sind in der **Anlage 11** der Niederschrift aufgeführt.

Auf dieser Grundlage ruft die stellvertretende Ausschussvorsitzende Reichbauer sodann den **Ergebnishaushalt** in der Fassung des Beratungsergebnisses der HFA-Sitzung (**siehe neue**

Anderungsliste, Anlage 11) zur Abstimmung auf. Dieser wird bei

8 JA-Stimmen und
5 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Das Investitionsprogramm wird bei

8 JA-Stimmen
1 NEIN-Stimme und
4 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Der Stellenplan wird bei

8 JA-Stimmen
2 NEIN-Stimmen und
3 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Die Ergebnis- und Finanzplanung wird bei

9 JA-Stimmen und
4 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Das Konsolidierungskonzept wird bei

einstimmig

beschlossen.

Die Haushaltssatzung wird bei

10 JA-Stimmen und
3 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Der Gesamthaushalt wird abschließend bei

8 JA-Stimmen
2 NEIN-Stimmen und
3 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der vom Kreisausschuss festgestellte Entwurf der Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 97 Abs. 3 HGO beschlossen.
2. Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2017-2021 wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 101 Abs. 3 HGO beschlossen.
3. Das Haushaltssicherungskonzept wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 92 Abs. 5 HGO beschlossen.

TOP 3. DS X/499 Verlängerung der Liquiditätshilfe für die Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V. bis 31.12.2018

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss stimmt der Weitergewährung der zuletzt am 31.10.2016 vom KA beschlossenen Liquiditätshilfe des Rheingau-Taunus-Kreises an die Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V. (vhs) in Höhe von 200.000,00 € bis zum 31.12.2018 zu.

Die Mittel werden bei Bedarf aus dem bestehenden Kassenkreditrahmen des Kreises bereitgestellt und von der vhs entsprechend der Inanspruchnahme verzinst.

Die vhs hat den Kreisausschuss durch Quartalsberichte über die Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Situation regelmäßig zu informieren.

2. Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass der Kreisausschuss die Verlängerung der Liquiditätshilfe an die Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V. in Höhe von jetzt 200.000,00 € bis zum 31.12.2018 beschlossen hat.

**TOP 4. DS X/508 Kontrolle der Beschlüsse des Kreistages;
Fortschreibung der Beschlusskontrolle ab dem 04.10.2016 bis
23.05.2017**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der von der Verwaltung vorgelegte Bericht zur Kontrolle der Beschlüsse des Kreistages wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5. DS X/509 Beteiligungsbericht 2016

Eine Frage des Abg. Müller wird durch Landrat Kilian beantwortet. Die Abg. Müller und Gagel danken der Verwaltung für den guten Beteiligungsbericht.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht 2016 zur Kenntnis.

**TOP 6. DS X/521 Haushaltsprüfantrag Hallennutzungsgebühren der SPD-
Kreistagsfraktion vom 31.01.2017**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Haushaltsprüfantrag Hallennutzungsgebühren der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.01.2017 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7. DS X/531 Haushaltsantrag Leistungsziel zur Energieeinsparung in kreiseigenen Schulen der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.01.2017

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Haushaltsantrag Leistungsziel zur Energieeinsparung in kreiseigenen Schulen der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.01.2017 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 8. DS X/533 Geplante Schließung des Krankenhauses Bad Schwalbach und der weiteren Krankenhäuser im Kreisgebiet; hier: Berichts Antrag Nr. 03/18 der FWG-Fraktion vom 04.01.2018

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird um die Beantwortung nachfolgender Fragen zu oben genanntem Themenkomplex gebeten:

1. Geplante Maßnahmen und rechtliche und vertragliche Einflussmöglichkeiten des RTK

a) Wie nimmt der Rheingau Taunus Kreis seine rechtlichen und vertraglichen Möglichkeiten wahr, die drei Standorte (Bad Schwalbach, Idstein und Rüdesheim am Rhein) der im Kreisgebiet befindlichen Akut - Krankenhäuser zu erhalten?

Seite 2 des FWG-Berichts antrags vom 04.01.2017 zur Krankenhausversorgung im RTK

- b) Welche rechtlichen und vertraglichen Möglichkeiten sieht der RTK zum Erhalt der Klinik in Bad Schwalbach?
- c) Wem gehört das Grundstück, auf dem die Helios Klinik Bad Schwalbach liegt? Hat der Rheingau Taunus Kreis hier ggf. ein Vorkaufsrecht?
- d) Welche weiteren Maßnahmen sind seit der öffentlichen Diskussion im Dezember 2017 zum Erhalt der Klinik durchgeführt worden?
- e) Sind dem Rheingau Taunus Kreis Veränderungen bei den weiteren Krankenhäuser (Idstein und Rüdesheim am Rhein) bekannt? Wenn ja, in welcher Form sind diese geplant?
- f) Wie hoch ist aktuell der jährliche Zuschuss des Rheingau Taunus Kreises gemäß § 37 HKG? Inwieweit würde sich dieser Zuschuss durch die Schließung der Klinik in Bad Schwalbach verändern?

2. Sicherstellung der Notfallversorgung im Rheingau Taunus

- a) Welche Gründe/Sachverhalte haben dazu geführt, dass eine Notfallversorgung in Bad Schwalbach nicht mehr erforderlich ist?
- b) Wir bitten um eine Aufstellung, z. B. in einer Excel Liste, für alle Orte im Untertaunus, wie sich die Hilfsfristen durch eine Schließung des Standortes Bad Schwalbach verändern würden (Angaben in Minuten). Dabei soll die Zeit für die Hilfsfrist gemäß dem Hessischen Rettungsdienstgesetz (HRDG) und der Fahrzeit vom Notfallort zum nächstgelegenen Krankenhaus dokumentiert und addiert werden.

Folgende Parameter:

Ort	Hilfsfrist	Fahrzeit zum Krankenhaus (alt)	Gesamt (alt)	Fahrzeit zum Krankenhaus (neu)	Gesamt (neu)	Differenz (alt/neu)
Ambulant						
Adolfseck						
Zorn						

- c) Wurden hierbei auch die Besonderheiten in Bad Schwalbach berücksichtigt durch die vorhandenen Rehabilitationskliniken, das Altenpflegeheim und die Flüchtlingsunterkunft? Wenn ja, in welcher Form?
- d) Wären bei Schließung des Krankenhauses Bad Schwalbach die Mehrkapazitäten der Notfallversorgung in den umliegenden Krankenhäusern sichergestellt? Wenn ja, mit der gleichen Wartezeiten für die Patienten?
- e) Ist dabei auch das Krankenhaus in Nastätten eingebunden? Wenn ja, wie?
- f) Welche Fakten/Veränderungen führten zu einer veränderten Bewertung der unabdingbaren Notfallversorgung durch das Krankenhaus Bad Schwalbach gemäß dem Leistungsreport 2015 (Seite 75)?

3. Fragen an die Helios Klinik Bad Schwalbach/Idstein

- a) Wie viele Mitarbeiter (direkt und indirekt durch Subunternehmer) sind von der geplante Schließung betroffen und wie viele davon können sicher von anderen Helios Kliniken übernommen werden?
- b) Wie hoch waren die Jahresergebnisse der Helios Klinik Bad Schwalbach/Idstein jeweils in den Jahren 2015 und 2016 gewesen?
Seite 3 des FWG-Berichtsanspruchs vom 04.01.2017 zur Krankenhausversorgung im RTK
- c) Erhalt der Krankenpflegeschule: Gibt es dazu konkrete Zusagen der Helios Kliniken und wenn ja, bis wann (Laufzeit)?
- d) Neue psychosomatische Versorgung in Bad Schwalbach: Sind die geplanten psychosomatischen Betten in Bad Schwalbach als eigenständige Fachklinik angedacht oder handelt es sich dabei um eine Zweigstelle der Versorgung der Helios / HSK Klinik? Ab wann ist dies geplant und wie viele Betten sind dafür vorgesehen?
- e) Wie viele Arbeitsplätze werden dadurch geschaffen/erhalten?
- f) Welche zusätzlichen Möglichkeiten der Standortsicherung z. B. stationäre

Versorgungsangebote (Abteilungen) oder weitere Fusionen wurden für Bad Schwalbach mit den staatlichen Stellen besprochen, um den Standort zu sichern? Mit welchem Ergebnis?

g) Gibt es für den Standort Idstein langfristig Änderungspläne (Erweiterung/Reduzierung/Fusion)? Ergeben sich hierbei Änderungen im Leistungsspektrum auf Grund der Vorgaben von Mindestmengen? Wenn ja, welche?

h) Für welche Aufwendungen würde der Zuschuss gemäß dem Hessischen Krankenhausfinanzierungsgesetz für die Schließung des Standortes Bad Schwalbach konkret verwendet werden?

i) Gibt es im Krankenhaus Bad Schwalbach/Idstein durchgeführte Leistungen, für die die Mindestmengen gemäß SGB V/Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA) nicht erfüllt wurden? Wenn ja, welche?

j) In welcher Höhe hat die Helios Klinik Bad Schwalbach/Idstein staatliche Förderungen auf Grundlage des HKG jeweils in den Jahren 2015 und 2016 erhalten?

TOP 9. DS X/539 Dringlicher Berichts Antrag Nr. 08/17 zur CityBahn der FDP-Fraktion vom 21.11.2017 in Ergänzung der AFD-Fraktion vom 21.11.2017 und CDU-Fraktion vom 06.12.2017; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 10. DS X/525 Erhalt der HELIOS-Klinik in Bad Schwalbach

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler, KB Merkert, Abg. Müller, Landrat Kilian und der Abg. Hannes, der zur Geschäftsordnung beantragt:

„Schluss der Debatte“

Gegen den Antrag spricht der Abg. Müller. Der Antrag wird bei 4 JA-Stimmen und 7 NEIN-Stimmen abgelehnt.

Landrat Kilian macht den Vorschlag im Punkt h der EUKA-Beschlussempfehlung in Satz 2 nach dem Wort „gehören“ die Worte „die Rücknahme der Zustimmung der Schließungspläne von HELIOS“ zu streichen und durch die Worte „unter anderem“ zu ersetzen.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Gagel und Mahr, der nach kurzer Sitzungsunterbrechung von 11.10 Uhr bis 11.15 Uhr für seine Fraktion erklärt, dem Vorschlag von Landrat Kilian folgen zu können.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Reichbauer stellt die geänderte EUKA-Empfehlung zur Abstimmung. Diese wird bei

1 Enthaltung
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

Erhalt der HELIOS-Klinik in Bad Schwalbach

Der Kreistag

- a. sieht den Gesundheitsstandort und insbesondere die Grund- und Notfallversorgung in der Kreisstadt Bad Schwalbach und in der Region durch die geplante Schließung der HELIOS-Klinik am Standort Bad Schwalbach und Umgebung massiv gefährdet;
- b. hält eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung in allen Kreisteilen mit Krankenhäusern und entsprechender Grund- und Notfallversorgung als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge für die künftige Kreisentwicklung für unverzichtbar;
- c. stellt fest, dass die medizinische Grund- und Notfallversorgung im Kreisgebiet gewährleistet bleiben muss und sieht darin eine prioritäre Aufgabe;
- d. fordert die Bundesregierung auf, eine Überarbeitung der Kriterien für die Feststellung der Bedarfsnotwendigkeit von Krankenhausstandorten vorzunehmen bzw. im Gemeinsamen Bundesausschuss zu veranlassen, mit dem Ziel, dass eine adäquate Abbildung der Situation im ländlichen Raum erfolgt und auch jeweils die künftige Entwicklung der Bedarfe berücksichtigt wird;
- e. schließt sich den Resolutionen der Bad Schwalbacher Stadtverordnetenversammlung vom 21. Dezember 2017 und vom 29. Januar 2018 (Anlage 5) voll umfänglich an;
- f. kritisiert mit Nachdruck die von HELIOS geplante Schließung, die späte Information des Landkreises in diese mit dem Land zuvor schon abgestimmte Vorgehensweise und fordert daher HELIOS als Betreiberin der Bad Schwalbacher Klinik auf, die Schließungspläne nicht weiter zu betreiben und ihrem medizinischen Versorgungsauftrag nachzukommen;
- g. beauftragt den Kreisausschuss, die angestoßenen Gespräche mit dem Betreiber HELIOS fortzuführen, mit dem Ziel eine Lösung zu finden, um den Klinikertätigkeit und den Gesundheitsstandort sicherzustellen;
- h. bittet die Landesregierung eindringlich, alles von ihrer Seite Mögliche zu unternehmen, damit die medizinische Versorgung im Rheingau-Taunus-Kreis mit hoher Qualität

weiterhin gewährleistet wird. Hierzu gehören unter anderem das umgehende Einwirken auf das Bundesversicherungsamt zur Zurücknahme der Schließungsförderung aus öffentlichen Mitteln, die schnellstmögliche Überprüfung des dieser Entscheidung zugrundeliegenden Gutachtens der HessenAgentur auf statistische und methodische Mängel und insbesondere die Rücknahme des Förderbescheids zur Umwandlung des Krankenhauses in eine Klinik für Psychosomatik vom 13. Dezember 2017.;

- i. fordert die Landesregierung entschieden auf, ihre Versprechen, den ländlichen Raum bei der Gesundheitsversorgung zu stärken, einzuhalten; dies gilt insbesondere für die Aufstellung und Fortschreibung des Krankenhausplanes. Zudem sollen alle Möglichkeiten von Ausnahmeregelungen bei der Prüfung von Sicherstellungszuschlägen oder anderweitigen Förderungen im Krankenhausrecht des Landes eröffnet werden.
- j. beauftragt den Kreisausschuss, einen unabhängigen Gutachter zur Erarbeitung einer Analyse der gesundheitlichen Versorgungssituation im Rheingau-Taunus-Kreis bis zum Jahr 2030 zu bestellen;
- k. beauftragt den Kreisausschuss, für den Fall der Bestätigung der Gutachteninhalte der HessenAgentur durch den bestellten Experten, alternative Konzepte für den Versorgungsstandort Bad Schwalbach zu erarbeiten. Hierzu gehört insbesondere die konzeptionelle Überarbeitung der dann erforderlichen Mehrbedarfe beim Rettungsdienst und Einrichtung einer Intensivstation am Standort Idstein, alle Möglichkeiten der Rekommunalisierung des Krankenhauses Bad Schwalbach oder in Trägerschaft eines anderen Betreibers ggf. in Verbindung mit kommunalen Zuschüssen;
- l. begrüßt ausdrücklich den Willen der JoHo Rheingau GmbH, das Krankenhaus in Rüdesheim weiter betreiben zu wollen.
Der Kreistag bittet die Landesregierung, alle erforderlichen Maßnahmen zu prüfen und einzuleiten, um den Fortbestand des Krankenhauses in Rüdesheim, wenigstens mit Grund- und Notfallversorgung, auch bei evtl. negativem Bescheid über den beantragten Sicherstellungszuschlag zu gewährleisten.

Der Kreistag unterstützt das Krankenhaus Rüdesheim bei seinen Bemühungen den beantragten Sicherstellungszuschlag vom Land Hessen oder eine andere Finanzierung zu bekommen.

- m. beauftragt den Kreisausschuss, ein Berichterstattungssystem (Controlling) einzuführen, um die Entwicklung aller Klinikstandorte im Rheingau-Taunus-Kreis regelmäßig zu überprüfen. Die Berichte sind dem Kreistag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: **von Landrat Kilian zurückgezogen**

TOP 12. DS X/426 Teilnahme am Kassenkreditschuldungsprogramm "Hessenkasse" der Hessischen Landesregierung; hier: Antrag Nr. 30/17 der CDU-Fraktion vom 16.08.2017

Abg. Mehr spricht für eine Vertagung des Antrages. Landrat Kilian sichert für die Kreistagssitzung im März eine Vorlage zu. Der Antrag wird sodann vertagt.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 13. DS X/481 Tourismuskonzept für den Rheingau und den Untertaunus; hier: Antrag Nr. 35/17 der FDP-Fraktion vom 18.10.2017, eingegangen am 03.11.2017

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 14. DS X/535 Nichtteilnahme des Rheingau-Taunus-Kreises an der Citybahn GmbH Mainz/Wiesbaden; hier: Antrag Nr. 01/18 des fraktionslosen Abgeordneten Klein vom 07.01.2018, eingegangen am 09.01.2018

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 15. DS X/536 Erhalt der Krankenhäuser in Bad Schwalbach und Rüdesheim; hier: Antrag Nr. 02/18 der LINKEN-Fraktion vom 09.01.2018

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

**TOP 16. DS X/540 Schließung des KOEPP Werkes in Oestrich-Winkel verhindern;
hier: Antrag Nr. 03/18 der SPD-Fraktion vom 10.01.2018**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Stimmenverhältnis: 8 Ja-Stimmen - 1 Nein-Stimmen - 4 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises nimmt die angekündigte Schließung des KOEPP Werkes in Oestrich-Winkel und den damit drohenden Wegfall von 60 Industriearbeitsplätzen mit Missbilligung und Sorge zur Kenntnis.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Gespräche mit der Geschäftsführung mit dem Ziel einzutreten, Lösungen für einen Erhalt des Standorts und der Arbeitsplätze zu finden.

TOP 17. DS X/501 Bericht des Portfoliobeirates zum Zins- und Kreditmanagement

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 18. DS X/510 Vorlage der Jahresabschlüsse für 2016 verschiedener
Beteiligungen**

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 19. DS Tagesordnung der Kreistagssitzung am 06.02.2018

Die Empfehlungen zur Tagesordnung der Kreistagssitzung sind in der **Anlage 12 der Niederschrift** aufgeführt.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Reichbauer berichtet darüber hinaus, dass zur Sitzung des Kreistages 3 Dringlichkeitsanträge vorliegen:

- Antrag von KTV Willsch zur Entschädigungssatzung und Fraktionsförderung
- Antrag der GRÜNEN-Fraktion zur einer Informationsveranstaltung zur Situation der Krankenhäuser
- Antrag der CDU-Fraktion zum LKW Durchfahrtsverbot in Wiesbaden.

Über die Dringlichkeit der Anträge befindet der Kreistag.

TOP 20. DS Verschiedenes

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Reichbauer gibt abschließend Hinweise zu den Redezeiten zum Haushalt gemäß der Geschäftsordnung des Kreistages.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Stellvertretende Ausschussvorsitzende Reichbauer dankt für die konzentrierte Beratung und schließt die Sitzung um 11.26 Uhr.

Bad Schwalbach, 2. Februar 2018

.....
(Ingrid Reichbauer)
Stellv. Ausschussvorsitzende

.....
(Harald Rubel)
Schriftführer